

DEUTSCHLAND=UNION=DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 . Fernsprecher: 77 178 / 77 906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postfachkonto: Frankfurt M. 39967 . Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands

Nr. 25, 3. Jhrg. (C)

Frankfurt a. M., 5. Februar 1949

Seite 1

Sie lesen heute:

=====

Aus der Union

Der geschäftsführende Vorstand der CSU (Dr. Müller, Dr. Horlacher, Hauffeiter, Sedlmayr, Dr. Muhler, Strauß und Frau Dr. Meyer-Sprekels) erklärte zu den Gerüchten über eine Krise in der CSU, daß Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Dr. Ehard über ein Ausscheiden eines führenden Mitgliedes der CSU nicht stattgefunden hätten. Die Frage des Parteivorsitzenden könne nur von der Landesversammlung entschieden werden. Der Ministerpräsident und der Landesvorsitzende arbeiten nach wie vor auf das engste zusammen. Die Äußerungen des Staatsministers Dr. Hundhammer seien außerhalb der Gremien der Partei gemacht worden und könnten nur als seine persönliche Meinung gewertet werden.

Die Zeitfolge der Tagung des Frauen-Zonenausschusses der CDU für die britische Zone am 19./20. Februar in Recklinghausen sieht u.a. vor ein Referat von Dr. Helene Weber, Essen, über die Arbeit des Parlamentarischen Rates und Aussprachen über Vorbereitungen der Wahl für den Bundestag, über den Lasterausgleich und über Rundfunkfragen. Außer führenden Vertreterinnen der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, wie Elisabeth Zilliken, Dortmund, Dr. Elfriede Nebgen, Berlin, Dr. Victoria Steinbiss, Bielefeld, Thusnelda Lang-Brunn, München, und Dr. Elisabeth Meyer-Sprekels, Fürth/Bay., werden sich Amtsgerichtsrat Erich Schmalz, Köln, der Wirtschaftsratsabgeordnete Theo Blank, Dortmund, und der Vorsitzende des Verwaltungsrats beim NWDR, Heinrich Raskop, an den Aussprachen beteiligen.

Kulturpolitik

Der Kulturpolitische Ausschuß des Hessischen Landtages beschloß in seiner letzten Sitzung am 24. Januar 1949, den von der CDU-Fraktion eingebrachten Antrag betreffend die Errichtung einer Akademie für medizinische Forschung und Fortbildung in Gießen zu genehmigen und das Kultusministerium mit der Durchführung des Erforderlichen zu beauftragen.

Innenpolitik

Der Vorsitzende der Bayernpartei, Dr. Baumgartner, forderte in München die Abberufung Dr. Josef Müllers von seinem Posten als Justizminister mit der Begründung, daß er die Justiz politisiere und schwedende Verfahren eingreife.

Ein unverdächtiger Zeuge

Allmählich beginnen die Wellen zu verebben, die der Parteitag des Zentrums in Oberhausen im parteipolitischen Leben hervorgerufen hatte.

Wesentlich scheint die Erkenntnis, die allen ernsthaften Betrachtungen gemeinsam ist, es habe sich in Oberhausen mehr um die Entscheidung einseitig festgelegter Delegierter gehandelt als um ein Votum der Zentrumswähler. Das Zentrumsorgan "Rhein-Ruhr-Zeitung" bringt dazu Zahlen und weist nach, an dem Entscheid der Delegierten seien bestenfalls 20% der Mitglieder des Zentrums beteiligt, die wiederum nur einen verschwindenden Bruchteil der Wähler darstellen.

Am besten wird die Situation gekennzeichnet durch einen Artikel, den der bisherige Vorsitzende des Zentrums, Minister Dr. Spiecker, in der "Rhein-Ruhr-Zeitung" veröffentlichte. Darin heißt er u.a.:

"Ein auf Nordrhein-Westfalen und einen Randgürtel Niedersachsens beschränktes Zentrum kann weder sein politisches Gedankengut noch die Zielsetzungen einer Partei der methodischen politischen Mitte voll oder auch nur kraftvoll zur Geltung bringen und durchsetzen."

Das Zentrum hat keine seiner würdigen Aufgaben erfüllt, wenn es sich dar- auf beschränken muß, einen Kampf gegen die CDU in einem Lande zu führen, in dem ihm eine CDU gegenübersteht, deren Anhängerschaft überwiegend die Gesichts- und Charakterzüge des alten Zentrums trägt, während es dort, wo sich ein Kampf geben die CDU vielleicht lohnen würde, nicht in Erscheinung treten kann.

In den nächsten Jahren fallen die Würfel über das Schicksal Deutschlands und Europas. Darf man es an dieser Schicksalswende darauf ankommen lassen, daß das Zentrum an den kommenden Entscheidungen vielleicht garnicht, bestenfalls aber mit 2 bis 2 1/2 v.H. beteiligt sei?

Wir wählen in Bälde den ersten, aber auch den letzten Bundestag in dieser Form. Nach dem Ablauf von vier Jahren werden wir vor ganz neuen und ganz anders gearteten Problemen stehen, und dann wird auch das Parteien-Problem von Grund auf neu aufgerollt werden.

Ich weiß, daß der Delegiertentag des Zentrums eine Fehlentscheidung getroffen hat. Darum habe ich an die Zentrums Wähler appelliert, damit sie gutzumachen versuchen, was in unpolitischer, blinder Leidenschaft verfehlt worden ist."

Zum Urteil gegen Reimann

Das britische Militärgericht in Düsseldorf verurteilte den Vorsitzenden der KPD in den Westzonen, Max Reimann, zu drei Monaten Gefängnis. Nach einer DEWA-Meldung wurde er für schuldig befunden, "das Ansehen von Personen herabgesetzt zu haben, die für die britische Militärregierung gearbeitet haben oder noch arbeiten". In der Urteilsbegründung wird nach der gleichen DEWA-Meldung gesagt, "das Gericht sei davon überzeugt, daß die deutschen Politiker, die unter dem Ruhr-Statut mit den Alliierten zusammenarbeiten oder ihnen bei der Durchführung der Beschlüsse dieser Behörde helfen, im Sinne der Verordnung Nr. 8 Personen sind, die der Militärregierung Hilfe leisten können". Man muß nicht Gesinnungsgenosse Reimanns sein, um sich gleichwohl kritisch mit dem Urteil zu beschäftigen und es für politisch bedauerlich zu halten. Das britische Militärgericht hat

dem Aufbau der deutschen Demokratie den gleichen Ehrendienst geleistet, wie das Militärgericht im Bochumer Demontage-Prozeß.

Der Führer einer Partei, deren Anhänger in der Ostzone würdelos jedem Wink der Besatzungsmacht folgen, beschuldigt nach den Methode "Haltet den Dieb" die Politiker der Westzonen der Zusammenarbeit mit der Militärregierung. Das Urteil darüber konnte man beruhigt dem Volke überlassen. Aber der militärische Ankläger glaubte, sich schützend vor die deutschen Politiker stellen zu müssen, und hat in einer politisch unglücklichen Formulierung der Anklage gewissermaßen die Vorwürfe Max Reimanns bestätigt, hat ihnen ein Gewicht gegeben, das sie vorher nicht hatten.

Die KPD aber, die nach dem Kriege in Westdeutschland mehr und mehr an Bedeutung verlor, hat jetzt vielleicht die zugkräftigste Werbeparole, sie hat einen Märtyrer. Die Jünger Moskaus werden das zum Schaden des demokratischen Aufbaues tatkräftig ausnutzen.

Die deutschen Politiker der Westzonen werden ihrerseits dem Gericht keinen Dank dafür wissen, daß es sie sozusagen zu Helfern der Militärregierung stempelt, und damit der Hetze der Kommunisten und der Nationalisten gegen sie gerade in einem Augenblick neue Nahrung gibt, in dem sie unter schweren persönlichen Opfern fruchtbringende Arbeit leisten für unser Volk, und für niemanden anders!